

Der Bundesrat will bei der Presse sparen – dagegen wehrt sich Nationalrätin Bulliard-Marbach

Presseförderung sichert kleineren Zeitungen in der Not das Überleben. Der Bund greift der Presse bisher unter die Arme. Denn eine Zeitung zu verteilen, ist teuer. Nun droht dieser Hilfe das jähe Ende.

FAHRETTIN CALISLAR

BERN Die Freiburger CVP-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach will die staatliche Presseförderung retten. Sie reagiert damit auf Sparpläne des Bundesrates in diesem Bereich. Dieser hat kürzlich im Rahmen eines Sparpakets beschlossen, per 2015 30 Millionen Franken weniger an die Verbilligung der Postpreise für Zeitungen zu zahlen.

Bulliard hat nun eine Motion vorbereitet, die sie anlässlich der am Montag beginnenden Frühlingssession der eidgenössischen Räte einreichen will. Darin fordert sie den Bundesrat auf, dass er Alternativen zugunsten der Schweizer Presse vorlegt und sich für eine neue Lösung engagiert, bevor er seinen Sparbeschluss umsetzt. Bulliard stellt sich darunter zum Beispiel die Einbindung moderner Technologien vor.

Subventionen seien gerade in der aktuellen Krise und vor allem für die Lokal- und Regionalzeitungen existenziell, erläutert Bulliard auf Anfrage.

Ein grosser Schaden

Diese stünden bekanntlich in mehreren Bereichen unter Druck. Wenn die kleinen Zeitungen aus finanzieller Not das Handtuch werfen müssten, wäre das aus ihrer Sicht ein grosser Schaden für ein föderalistisches und mehrsprachiges

Land und wichtig für dessen Meinungsbildung. Sie wolle nicht mehr Geld, betont Bulliard, sondern dass die bestehenden Mittel besser verteilt werden, statt sie zu kürzen.

Politisches Dauerthema

Presseförderung ist in der Schweiz seit längerer Zeit ein bedeutendes politisches Thema. Das lässt sich an der zunehmenden Zahl von Vorstössen in diesem Bereich im eidgenössischen Parlament able-

sen. In den letzten 25 Jahren gab es 18 Vorstösse unter diesem Titel, 5 von ihnen allein seit 2009. In der Regel geht es dabei um die staatliche Subventionierung der Verteilung der Zeitungen durch die Post.

Für das laufende Jahr zahlt die Landesregierung 30 Millionen Franken an die Post für die Verteilung von Regionalzeitungen. Das sind im Schnitt 22 Rappen Unterstützung pro Exemplar und Jahr. Aktuell finanziert der Bund so 143 Titel mit. Weitere 20 Millionen Franken gehen an nicht gewinnorientierte Organisationen, vor allem für ihre Mitgliederpublikationen.

Förderung: Was eine Publikation erfüllen muss, um Geld zu kriegen

Seit letztem Herbst wählt nicht mehr die Post, sondern das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) aus, welche Titel unter den Begünstigten für die Presseförderung des Bundes sind. Für 2013 erfüllten total 1222 Publikationen die einschlägigen Bedingungen, darunter 140 Tages- und Wochenzeitungen. Das sind 5 weniger als zuvor. 52 Gesuche wurden abgelehnt. Der grosse Rest der Empfänger sind Zeitschriften von nicht gewinnorientierten Organisationen. Um gefördert zu werden,

müssen abonnierte Tages- und Wochenzeitungen mindestens 39-mal jährlich erscheinen, einen redaktionellen Anteil von mindestens 50 Prozent aufweisen und eine Auflage von 1000 bis 40000 Exemplaren pro Ausgabe aufweisen.

Die lange Liste der geförderten Tageszeitungen kann auf der Internetseite des Bakom heruntergeladen werden. Sie umfasst Zeitungen aus allen Ecken des Landes, von A wie dem «Allschwiler Wochenblatt» bis Z, der «Zürichsee-Zeitung».

fca

Bundesrat sieht keinen Sinn

Von links und von rechts haben Politiker vor allem aus den Randregionen die Landesregierung dazu aufgefordert, ihren Entscheid zurückzunehmen. Mehrfach hatte sich das Bundesparlament zuvor für Subventionen insbesondere für die Printmedien ausgesprochen; das letzte Mal im Sommer letzten Jahres. Die Zukunft der indirekten Presseförderung ist offen. Der Bundesrat sieht keinen Sinn darin, findet sie wettbewerbsverzerrend und benachteiligend gegenüber Onlinemedien.